

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 20. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 6. Februar 2023

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:21 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Frau Ute Bartel
Herr Ernst Branse
Herr Uwe Dalski
Herr Christian Ehlers
Frau Rita Falkert
Herr Frank Fanter
Herr Harry Glawe
Herr Christian Griwahn
Herr Aurel Hagen
Herr Benjamin Heinke
Herr Roland Herrmann
Herr Maik Hofmann
Frau Kristine Kasten
Herr Albrecht Kiefer
Frau Anett Kindler
Frau Cornelia Klemm
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Frau Andrea Kühl
Herr Jens Kühnel
Frau Josefine Anika Kümpers
Frau Christiane Latendorf
Herr Dirk Leistner

Herr Mathias Löttge
Herr Michael Meister
Herr Wolfgang Meyer
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Helmut Poppe
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Gerd Scharmberg
Frau Sylvia Schiefler
Frau Dr. Doris Schmutzer
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Jürgen Suhr
Herr Norbert Thomas
Herr Peter van Slooten
Frau Heike Völschow
Frau Simone Wagner
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow
Herr Tilo Ziemßen

Von der Verwaltung

Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Manila Gleisberg
Frau Kati Bischoff
Frau Silke Egger
Herr Marcus Hanusch
Herr Bastian Köhler

1. Stellv. d. Landrates, FBL 3
2. Stellv. d. Landrates, FBL 1
FDL 35
Stellv. FDL 01
Persönliche Referentin
amt. FGL 01.20
SB Kreistagsangelegenheiten

Frau Anja Pfefferkorn
Frau Sandra Lehmann

SB Kreistagsangelegenheiten
Pressesprecherin

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Norbert Benedict	entschuldigt
Herr Alexander Benkert	entschuldigt
Frau Wenke Brüdgam	entschuldigt
Herr Jörg Burwitz	entschuldigt
Herr Stefan Giese	entschuldigt
Herr Frank Ilchmann	entschuldigt
Frau Dr. Carmen Kannengießer	entschuldigt
Herr Holger Kliewe	entschuldigt
Herr Andreas Kuhn	entschuldigt
Herr Philipp Laars	entschuldigt
Herr Hendrik Lastovka	entschuldigt
Frau Christiane Müller	entschuldigt
Frau Julia Präkel	entschuldigt
Herr Thomas Reichenbach	entschuldigt
Herr Daniel Schossow	entschuldigt
Frau Susann Wippermann	entschuldigt
Frau Anita Zimmermann	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Anfragen der Kreistagsmitglieder
5. Antrag der AfD-Fraktion auf eine außerplanmäßige Kreistagsitzung zu Fragen hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen und weitere Fragen zur Asylsituation
- 5.1. Appell der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW: "Für eine bessere Steuerung und Begrenzung von Asylbewerbern!" A/3/0203
6. Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, SPD und DIE LINKE: "Weiterführung des Frauenschutzhouses in Stralsund" A/3/0204
7. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ahlers als 2. Stellvertreter des Kreistagspräsidenten eröffnet die 20. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 50 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind und damit die

Beschlussfähigkeit besteht.

Des Weiteren teilt **Herr Ahlers** mit, dass aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Petra Voß Frau Simone Wagner nachgerückt sei. Er bittet sie zu sich und verpflichtet sie per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Suhr teilt mit, dass die Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, SPD und DIE LINKE den Dringlichkeitsantrag „Weiterführung des Frauenschutzhauses in Stralsund“ stellen und begründet die Dringlichkeit

Herr Ahlers informiert, dass für die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung die Mehrheit aller Kreistagsmitglieder benötigt werde.

Herr Ahlers bittet um Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages mehrheitlich zu.

Herr Kühnel teilt mit, dass die Kreistagsfraktion AfD drei Dringlichkeitsanträge stelle und begründet die Dringlichkeit.

Herr Scharmberg merkt an, dass die Dinge die als Dringlichkeit benannt wurden, ausschließlich im Appell genannt seien, sodass hier eine Dringlichkeit nicht gegeben sei. Die Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW werden die drei gestellten Dringlichkeitsanträge für die heutige Aufnahme auf die Tagesordnung nicht unterstützen.

Herr Ahlers bittet um Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion AfD “Sicherheitspersonal”.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages mehrheitlich ab.

Herr Ahlers bittet um Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion AfD “Realitätsabgleich in der Asylpolitik”.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages mehrheitlich ab.

Herr Ahlers bittet um Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion AfD “Der Kreistag V-R appelliert an Bundes- und Landesregierung”.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages mehrheitlich ab.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der geänderten Tagesordnung

mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

4. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Frau Latendorf erfragt, welche Bestrebungen es durch den Landkreis Vorpommern-Rügen gebe, eine Schließung der Kinderstation im Sana-Klinikum in Bergen auf Rügen zu verhindern. Ihre Fraktion sehe es als Kindeswohlgefährdung an, wenn bspw. aus Sassnitz oder Kap Arkona bis zur nächsten Klinik gefahren werden müsse und erfragt welche Lösungen hierfür angedacht seien.

Herr Ahlers teilt mit, dass die Anfrage schriftlich vom Landrat beantwortet werde.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

5. Antrag der AfD-Fraktion auf eine außerplanmäßige Kreistagsitzung zu Fragen hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen und weitere Fragen zur Asylsituation

Herr Naulin begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion AfD zum Abhalten einer außerplanmäßigen Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen.

5.1. Appell der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW: "Für eine bessere Steuerung und Begrenzung von Asylbewerbern!" Vorlage: A/3/0203

Herr Heinke begründet den eingebrachten Appell der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW.

Frau Meyer gibt einen aktuellen Sachstand über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Zur Situation von Kramerhof/Parow teilt **Frau Meyer** mit, dass die Gebäude dem Landkreis von der Bundeswehr angeboten worden seien. Zunächst habe man ukrainische Geflüchtete in der Unterkunft untergebracht. Da aber weiterhin Not in Bezug auf Unterbringungsmöglichkeiten bestehe, habe der Landkreis von der Gemeinde die Zustimmung erhalten, auch Geflüchtete anderer Nationen dort unterzubringen. Gemeinsam habe man dazu auch eine Einwohnerversammlung durchgeführt. In dieser Woche finde außerdem ein weiterer Termin in Parow statt, um mit der Gemeindevertretung vor Ort zu sprechen und bei eventuellen Sorgen nachsteuern zu können. Der Vorfall in Parow sei zudem eine Auseinandersetzung zwischen Flüchtlingen gewesen und habe nicht den Bewohnern gegolten.

Frau Meyer bedankt sich an dieser Stelle auch ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit der Gemeinden im Landkreis. Die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen erfolge im übertragenen Wirkungskreis. Im November 2022 habe der Landkreis außerdem eine Weisung zur Aufnahme von Flüchtlingen nach einem Verteilungsschlüssel und Erhöhung der Unterbringungskapazitäten bekommen. Zurzeit gebe es einen sehr starken Zustrom und das Land habe mitgeteilt, dass es zunächst so bleibe. Das heißt pro Woche nehme man 25 bis 30 Flüchtlinge auf. Die Verteilung erfolge im Land Mecklenburg-Vorpommern anhand eines jährlichen Erlasses des Innenministeriums. 2023 betrage die Aufnahmequote 14,27% der Bundeszuweisungen nach Mecklenburg-Vorpommern

(2% nach Königssteiner Schlüssel). Inzwischen leben in unserem Landkreis mit Stand vom 31. Dezember 2022 14.562 Ausländer. Davon seien 5.177 EU-Angehörige, 5.034 Ausländer mit einer Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis, 652 Personen mit einer Gestattung und 628 Personen mit einer Duldung. In 2022 erhielten 14 Ausländer eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung über das beschleunigte Fachkräfteverfahren. Beteiligt waren dabei drei Arbeitgeber aus der Region.

Zu den Gemeinschaftsunterkünften in 2022 informiert **Frau Meyer**, dass 6 Objekte bei 100%iger Belegung mit 1.096 Plätzen vorgehalten werden. Momentan seien die Objekte ziemlich stark ausgelastet, normal sei eine Auslastung von 70 bis 75 %. Die Objekte seien in Barth, Tribsees, Ribnitz-Damgarten - Körkwitz, Bergen und Stralsund auf dem Dänholm. Die Gemeinschaftsunterkunft in Stralsund in der Ummanzer Straße 2 wurde letztmalig bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Hier bitte sie um Unterstützung vom Land, dass die Gebäude weiter genutzt werden können, sodass keine 211 Plätze abgebaut werden und man nicht an andere Stelle neu investieren müsse. Zu den Planungen in 2023/2024 führt Frau Meyer aus, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Sassnitz (180 Plätze davon 126 belegbar) im kreiseigenen Objekt ertüchtigt werde, eine Kapazitätserweiterung in der Gemeinschaftsunterkunft in Körkwitz (50-60 neue Plätze) geplant werde, eine Ertüchtigung eines Objektes in der Ummanzer Straße 4 in Stralsund, eventuell verbunden mit einer Wohncontainerlösung, vorbereitet werde. Weiterhin seien Gemeinschaftsunterkünfte in der Rostocker Chaussee in Stralsund (100 Plätze), Franzburg (34 Wohnungen), Plummendorf (70 Plätze) und im Younior-Hotel Stralsund (170 Plätze) in Vorbereitung.

Zur Aufnahme von ukrainischen Kriegsvertriebenen teilt **Frau Meyer** mit, dass seit Beginn des Ukrainekrieges am 24. Februar 2022 3.642 Personen im Landkreis Vorpommern-Rügen erfasst wurden. Davon seien noch 2.722 im Landkreis aufhältig. Untergebracht seien 613 Personen in privaten Unterkünften, 96 Personen in Gemeinschaftsunterkünften, 149 Personen in Flüchtlingsunterkünften, 1.118 Personen in Wohnungen des Landkreises und 746 Personen in selbst angemieteten Wohnungen. 9 neue Objekte wurden für die Unterbringung genutzt. Bei einer erneuten Flüchtlingswelle haben mehrere Eigentümer von Objekten die Bereitschaft zur Unterbringung signalisiert.

Zusätzlich habe der Landkreis in 2022 86 afghanische Ortskräfte zugewiesen bekommen, wovon noch 75 Personen im Landkreis untergebracht seien. Die sich wie die ukrainischen Geflüchteten im Personenkreis befinden, welcher gleich Anspruch auf Leistungen im Jobcenter nach dem SGB II habe sowie das Recht auf Wohnungen.

Abschließend bedankt sich **Frau Meyer** für das Engagement der vielen Haupt- und Ehrenamtlern. Das große Ziel keine Unterbringung in Sporthallen wurde durch die gute Zusammenarbeit erreicht.

Herr Löttge bedankt sich zunächst bei der Kreisverwaltung für den umfangreichen Bericht. Der Bericht habe deutlich gemacht, dass in der Verwaltung mit diesen Problemen sehr verantwortungsvoll umgegangen werde und Lösungen gesucht werden, um den Ängsten der Bürger/innen entgegenzuwirken. Er habe außerdem mit Freude zur Kenntnis genommen, dass bislang keine Unterbringung in Sporthallen erfolgen musste. Das heißt die Schüler/innen sowie die Vereine können wie gewohnt die sportliche Betätigung ohne Einschränkungen wahrnehmen. Weiterhin möchte er sich an dieser Stelle auch bei all denen, die ehrenamtlich viel leisten und Mitarbeiten bedanken. Nichtsdestotrotz könne die Situation wie sie jetzt sei, nicht so weitergehen. Die Sorgen und Ängste der Städte, Gemeinden, Ämter und

Landkreise müssen aufgegriffen werden. Aus diesem Grund bittet er den Kreistag dem Appell zuzustimmen, da die Landes- und Bundesregierung stärker ihre Verantwortung übernehmen müssen. Es sei dringend notwendig zu zeigen, dass bei der Bewältigung der Aufgaben mehr Unterstützung notwendig sei.

Frau Latendorf bedankt sich ebenfalls bei Frau Meyer für den sehr informativen Bericht. Sie merkt an, dass die Kreistagsfraktion AfD einen Sonderkreistag gefordert habe, was laut Kommunalverfassung M-V ihr gutes Recht sei, sich jedoch die Frage stelle aus welchem Grund dieser Weg gewählt worden sei. Alle Fragen hätte man über Anfragen an den Landrat stellen können. Die Frage, ob es Ihnen wirklich um Informationen gehe oder aber ob sich die Kreistagsfraktion AfD die Sorgen und Nöte der Bürger/innen zum Anlass nehme, um zu profilieren, stelle sich weiterhin. Die gestellten Fragen zum Sonderkreistag seien sehr aktuell und brisant und es bewege alle, dass die Menschen aus ihren Ländern aus Not und Krieg fliehen. Auch die Kreistagsfraktion DIE LINKE sei gegen eine Zweckentfremdung von Turnhallen und sie seien froh, dass aufgrund der geleisteten Arbeit der Kreisverwaltung dies bislang nicht eintrat. Ihr sei auch nicht bekannt, dass von der Kreistagsfraktion AfD Lösungsvorschläge zur Problematik unterbreitet wurden. In den sozialen Netzwerken werden Ängste geschürt und verbreitet. Ein Banner vor der Tür, welches Sicherheit fordere, schaffe keine Sicherheit. Sie wisse was Krieg und Not mit den Menschen mache und auch was Fremdenfeindlichkeit bedeute. Dies dürfe nicht geschürt werden. Solidarität sei die Liebe zwischen Menschen und Völkern, welche nicht missbraucht werden dürfe. Dazu sei die Regierung gefordert klare Linien aufzuzeigen und den Kommunen jegliche Hilfe und Unterstützung zu geben. Sie habe in den vergangenen Tagen mit vielen Verantwortlichen aus Gemeinden in denen Asylbewerber bzw. Flüchtlingen untergebracht seien gesprochen und keiner habe von großen Problemen erzählt. Zum Appell der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW merkt **Frau Latendorf** an, dass die GRÜNEN 2015 im Bundestag einen fast wortwörtlich Gleichen Antrag an die Bundesregierung von CDU und SPD gestellt haben und dieser von der damaligen Regierung, welche die Bundeskanzlerin stellte, nicht ernst genommen wurde. Die Kreistagsfraktionen DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE/FR werden den gestellten Appell nicht mittragen, da er zu kurz gefasst sei. Sie habe sich eine Lösungssuche gewünscht, wie es die demokratischen Fraktionen in Nordwestmecklenburg vorgemacht haben.

Frau Bartel teilt mit, dass es beeindruckend sei, wie der Landkreis Vorpommern-Rügen mit dieser Situation umgehe und um zu unterstützen was Frau Meyer vorgetragen habe, berichte sie aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Seit 2015/16 seien vermehrt minderjährige Ausländer in den Landkreis Vorpommern-Rügen gekommen. Von diesen 341 unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden (UMAs) seien 81 Prozent in eine Berufsausbildung gegangen. Dies sei aus ihrer Sicht nur durch die gute Unterstützung der Schulen und der Betreuung möglich gewesen. Das Problem was zukünftig auftreten werde, sei die sogenannte "Manpower". Sie sei jedoch zuversichtlich, dass die Kreisverwaltung dies im Auge habe. Mit der Problematik in Upahl, wo die quantitative Verhältnismäßigkeit nicht gesehen wurde, gehe der Landkreis Vorpommern-Rügen anders um, wie Frau Meyer berichtet habe. Die Kreistagsfraktion SPD erwarte von der Bundes- und Landesregierung, dass sie zu ihrer Pflicht stehen und die Kommunen bei dieser Thematik unterstützen.

Herr Naulin teilt mit, dass seine Fraktion wisse, dass man Anfragen stellen könne, sie den Kreistag jedoch einberufen haben damit das Thema auf den Tisch kommt, man darüber diskutiere und Lösungen gefunden werden können. Eine Lösung sei jedoch nicht, dass man davon redet und so tue als wenn als in Ordnung ist und man zufrieden sei. Die Kreistagsfraktion AfD fordere als Lösungsvorschlag einen

Kurswechsel in der Migrationspolitik. Das bedeute man müsse die Grenzen nach geltendem Recht bewachen und Rückführungen konsequent umsetzen. Immer neue Unterkünfte bereitstellen sei keine Lösung.

Herr Scharmberg merkt an, dass die Kreistagsfraktion AfD rechtmäßig einen Sonderkreistag einberufen habe und man nicht nachfragen brauche, weshalb man keine Anfragen gestellt habe oder das es ähnliche Anträge bereits im Bundestag dazu gebe. Die Kreistagsfraktionen haben nicht die Pflicht zu gucken, was die Regierungsparteien in Berlin für Anträge stellen. Der Kreistag habe sich damit zu beschäftigen, was die Bürger/innen im Landkreis Vorpommern-Rügen bewegt. Er schließe sich ebenfalls dem Dank seiner Vorredner für den ausführlichen Bericht der Verwaltung an. Ein wichtiger Inhalt des Antrages der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW sei, dass ein Appell an die Landes- und Bundesregierung gesendet werde, in dem klar werde, dass die Rechte, wie bspw. auch Rückführungen, in einem Maße der unserer Gesellschaft gerecht werden umgesetzt werden solle und wobei diese nicht drunter leiden müsse.

Herr Glawe bedankt sich im Namen der CDU Kreistagsfraktion bei Frau Meyer für die Vorstellung der Ambitionen durch die Verwaltung welche auf den Weg gebracht werden, um Flüchtlingen und Asylanten eine Unterbringung in Vorpommern-Rügen in den verschiedenen Einrichtungen sicherzustellen. Der Landkreis achte darauf, dass keine Überkapazität entstehe. Seine Fraktion habe den Appell gestellt, um den Landrat zu ermuntern gegenüber dem Land und dem Bund klar zu fordern, dass die Kommunen dadurch nicht überfordert werden. Ein Beschluss kann zu dieser Thematik vom Kreistag nicht gefasst werden, da es nicht in der Zuständigkeit liege und man somit vom Innenministerium eine Rüge kassieren würde. Dem Landkreis sei es bisher gut gelungen öffentliche Gebäude für die Gesellschaft weiter offen zu halten und darin keine Belegungen vorzunehmen. Dies sei in besonderer Weise auch gelungen, weil viele Kommunen Wohnungen zur Verfügung gestellt haben. Dazu gehöre unter anderem auch die Stadt Grimmen, die momentan heftig kritisiert werde. Grimmen habe über 331 Kinder, Frauen und Männer aufgenommen und dezentral untergebracht. Er bedanke sich vor allem bei dem Bürgermeister der Stadt, der sehr intensive dafür gesorgt habe, dass keine großen Probleme in der Stadt Grimmen entstanden seien. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die deutsche Sprache, welche für die Vermittlung in den Arbeitsmarkt ausschlaggebend sei. Er bittet um Zustimmung für den eingebrachten Appell.

Herr Meister weist darauf hin, dass die gestellten Anträge der Kreistagsfraktion AfD Präventivanträge gewesen seien. Er frage sich was in Mecklenburg-Vorpommern passieren müsse, bevor etwas passiert. Polizisten werden oftmals erst dann aktiv, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen sei. Er beziehe sich speziell auf den Messerangriff des Palästinensers in Brokstedt vor einiger Zeit. Damit so etwas in unserem Landkreis nicht passiere, habe die Kreistagsfraktion AfD die Anträge gestellt.

Herr Suhr teilt mit, dass die Kreistagsfraktion AfD den Sonderkreistag einberufen habe, um das Thema für ihre Interessen zu nutzen. Was die Fraktionen vereint, sei die positive Bewertung und Unterstützung der Verwaltung, bei dem was sie leiste. Die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR werde sich auch weiterhin mit der Frage der ankommenden Flüchtlinge auseinandersetzen. Er merkt auch an, dass auf den Vorschlag einen gemeinsamen Appell zu erarbeiten die Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW nicht eingegangen seien. Seine Fraktion könne diesem Appell so nicht zustimmen. Es sei außerdem notwendig gewesen die positiven Aspekte in unserem Landkreis in dem Appell festzuhalten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Ahlers bittet um Abstimmung über den eingereichten Appell der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW.

Beschluss: KT 453-20/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen appelliert an die Landes- und Bundesregierung:

1. die Zuwanderung von Asylbewerbern besser zu steuern und zu begrenzen.
2. abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen um freie Kapazitäten zu schaffen für anerkannte Kriegsflüchtlinge.
3. langfristig tragfähige Maßnahmen und Konzepte der Migration mit den Landkreisen und Kommunen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei vier Enthaltungen zugestimmt

6. **Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, SPD und DIE LINKE: "Weiterführung des Frauenschutzhouses in Stralsund"**
Vorlage: A/3/0204
-

Frau Kindler begründet den eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, SPD und DIE LINKE und trägt folgenden Änderungsantrag vor:

„Der Landrat wird beauftragt, ~~den Träger des Frauenschutzhouses durch die Kreisverwaltung umfassend aktiv zu unterstützen~~ **alle in der Kompetenz der Kreisverwaltung liegenden Möglichkeiten zu nutzen**, um ...

Der Landrat wird ~~aufgefordert~~ gebeten, den Kreistag auf seiner nächsten Sitzung zu informieren...“

und begründet dies.

Herr Heinke teilt mit, dass die Kreistagsfraktion CDU diesen Antrag unterstützen werde, da die Frauenschutzhäuser ein wichtiges Gut und der Zulaufpunkt für viele Hilfesuchende sei. Er gebe jedoch den Hinweis, dass der Oberbürgermeister der Stadt Stralsund sowie der Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen bereits intensive Gespräche dazu führen und alles versuchen, um Lösungen herbeizuführen. Sie seien auf einem guten Weg eine Beständigkeit des Frauenschutzhouses hinzubekommen.

Herr Löttge informiert, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW den Antrag ebenfalls unterstützen werden. Die Bedeutung des Antrages wurde durch die Antragsteller hinreichend erläutert. Er sei erfreut, dass der Landrat und der Oberbürgermeister der Stadt Stralsund schon im Gespräch seien und er hoffe auf einen positiven Ausgang.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Ahlers bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

Beschluss: KT 454-20/2023

Der Landrat wird beauftragt, alle in der Kompetenz der Kreisverwaltung liegenden Möglichkeiten zu nutzen, um das Frauenschutzhaus in Stralsund schnellstmöglich wiedereröffnen zu können und eine Betreuung mittel- und langfristig zu sichern.

Der Landrat wird gebeten, den Kreistag auf seiner nächsten Sitzung zu informieren

- zur Situation der Lage und der Probleme bei der Unterbringung von Frauen, die in Frauenhäusern Schutz suchen,
- zur Kapazitätsauslastung der vorhandenen Schutzräume,
- zu den Hintergründen und der Entwicklung, die zur Schließung des Frauenschutzhauses in Stralsund führten, und wie die Einbeziehung der Kreisverwaltung in diese Entwicklung sowie die daraus resultierenden Schritte erfolgten,
- zu Möglichkeiten, wie eine potenziell drohende Schließung von Frauenschutzhäusern im Landkreis durch frühzeitige Information der Kreisverwaltung und Einbeziehung der Gremien rechtzeitig abgewendet werden kann,
- zur Sachlage der Stellenbesetzung der Gleichstellungsbeauftragten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7. Mitteilungen

Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Ahlers bedankt sich bei den Anwesenden für Ihr Kommen und schließt die Sitzung um 18:21 Uhr.

09.03.2023, gez. U. Ahlers

Datum, Unterschrift
Uwe Ahlers
2. Stellv. des Kreistagspräsidenten

09.03.2023, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin